

Mehr inklusive Schulbildung

Gedanken zum Thema des Bundeskongresses 2011 der KED

Marie-Theres Kastner (Bundesvorsitzende der KED)¹

Die inhaltliche Diskussion unseres jüngst vergangenen Bundeskongresses lässt mich nicht los, und ich möchte doch an dieser Stelle noch einige Gedanken zu Papier bringen, die mich bewegen und mich antreiben, den Weg der Inklusion weiter zu beschreiten.

Als ich vor mehr als 20 Jahren begann, in meiner Heimatstadt Münster Politik mitzugestalten, lernte ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien eine Organisation kennen, die sich um Kinder mit sog. Teilleistungsstörungen kümmerte. Zu dieser Zeit war dieses Phänomen noch weitgehend unbekannt. Die Eltern hatten sich zu einem Verein SeHT (mittlerweile fast bundesweit) zusammengeschlossen und als Träger der Jugendhilfe anerkennen lassen, damit sie für ihre Aktivitäten finanzielle Unterstützung beantragen konnten. Bei Teilleistungsstörungen von Kindern geht es um verschiedene Verhaltensauffälligkeiten, die trotz hinreichender Intelligenzleistungen, regelmäßiger Förderung bedürfen. Die Kinder sind körperlich und seelisch durchaus als gesund einzustufen. Bei den intensiven und langen Gesprächen mit den Eltern dieser Kinder stellte ich ihnen – auch als Vorsitzende der sog. Behindertenkommission in Münster – irgendwann die Frage, ob man nicht viel einfacher an Fördermittel für ihre Arbeit kommen könne, wenn die Kinder den „Behindertenstatus“ bekämen. Da hatte ich in ein Wespennest gestochen. Die Eltern wehrten sich mit Händen und Füßen gegen diesen „Behindertenstatus“. Als Begründung führten sie an, sie nähmen gern mehr Mühen und Schwierigkeiten auf sich, um potentielle Geldgeber zu gewinnen, als in die Schublade „Behinderung“ hineingesteckt zu werden. „Wenn wir diesen Status haben, dann werden wir auch so behandelt und dann sind wir wirklich behindert! Wir werden abgeschoben und unsere Kinder werden sofort aus den normalen Schulen in Förderschulen geschickt. Das aber sind nicht die richtigen Schulen für unsere Kinder und vor allem am Ende bekommen sie noch mehr Schwierigkeiten, um ins Berufsleben zu finden als jetzt schon“, so die damalige Vorsitzende des Vereins SeHT.

Diese Gedanken haben mich in den ganzen Jahren nicht verlassen. Das, was diese Mutter und Vereinsvorsitzende damals wollte, ist heute so aktuell und brennend wie damals. Sie wollte, dass die Kinder sich nicht über ihre Schwächen definieren, sondern über ihre Stärken, und dass in Schule und Jugendarbeit alles getan wird, um diese Stärken weiter zu entwickeln. Sie wollte, dass die Kinder am ganz normalen gesellschaftlichen Leben in den Schulen und Vereinteilnehmen und wohnortnah integriert werden wie alle anderen Kinder auch.

Ich denke, damit sind wir ganz nah an dem, was die UN-Behindertenkonvention viele Jahre später auch will. Sie möchte für Menschen mit und ohne Behinderung eine Teilhabe in allen Bereichen des menschlichen Lebens.

Wenn das auf den schulischen Bereich bezogen diskutiert wird, wird ganz oft angeführt, dass diesen Anliegen der UN-Konvention in Deutschland doch schon Rechnung getragen wird durch die Umsetzung der Schulpflicht für alle Kinder und durch die hervorragenden Angebote unserer Förderschulen. Ja, das ist in der Tat richtig, dass unsere Förderschulen mehr als nur gut ausgestattet sind und sich auf der ganzen Welt sehen lassen können. Die Lehrerinnen und Lehrer leisten dort ausgezeichnete Arbeit.

Die Zeiten haben aber viele Veränderungen mit sich gebracht. Die Behinderungen der Kinder – so sagen uns auch die Mediziner immer wieder – haben sich geändert. Die Eltern sind nicht mehr davon überzeugt, dass eine Förderschule, die nur mit langen, für die Kinder durchaus belastenden Fahrzeiten zu erreichen ist, immer das optimale Angebot oder sagen wir besser: das für ihre Kinder passgenaue Angebot darstellt. Kinder mit Behinderungen sind so verschieden wie Kinder ohne Behinderungen und – durch viele Forschungen belegt – können sie sich häufig in einer sog. Heterogenen Lerngruppe besser weiterentwickeln als in einer Gemeinschaft mit noch mehr behinderten Kindern. Deshalb strebt eine durchaus wachsende Zahl von Eltern den Weg in die sog. Regelschule an. Eltern möchten nicht ihre Kinder vom Schulträger einer Schule zugeordnet bekommen, sie möchten wählen. Sie möchten, dass ihre Kinder wohnortnah eine Schule besuchen wie die Nachbarkinder auch. Sie möchten, dass ihre Kinder sozial in ihrem Umfeld beheimatet sind und bleiben. Und vor allem möchten sie nicht bettelnd von Schule zu Schule ziehen und dort ihr Anliegen vortragen müssen.

Diese Wünsche sind berechtigt. Und wenn die UN-Konvention mit ihrer Forderung nach einem inklusiven Bildungssystem jetzt dazu führt, dass über die Erfüllung der Wünsche dieser Eltern nicht nur nachgedacht wird, sondern dass intensiv an der Umsetzung dieser Wünsche gearbeitet wird, dann ist das sicherlich der richtige Weg, allen Eltern ein Wahlrecht einzuräumen.

Wahlrecht heißt für mich, dass die Eltern in der Tat eine Wahl haben. D.h. wenn sie ihre Kinder in einer wohnortnahen Schule anmelden wollen, muss das genauso möglich sein, wie die Umsetzung des Wunsches nach der speziellen Förderung in einer Förderschule. Die Umsetzung eines solchen Wahlrechtes stellt hohe Anforderungen an alle, die an der Umsetzung beteiligt sind: Politik, Schulträger, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Kinder.

Die Politik muss die notwendigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die Schulträger müssen diese Rahmenbedingungen vor Ort umsetzen und unterstützen, die Schulen, insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer müssen sich durch Fortbildungen, Absprachen und vieles mehr auf die neuen Lernsituationen einstellen, die Eltern und Kinder müssen sich ebenfalls darauf vorbereiten.

Inklusive Schulen entstehen nicht von heute auf morgen, sie brauchen einen langen, genau geplanten Weg zu einem lohnenswerten Ziel. Die Forderung nach inklusiven Schulen hat auch absolut nichts mit einer Schulstrukturdebatte zu tun. Hier geht es um die Umsetzung des Gedankens der individuellen Förderung eines jeden Kindes, hier geht es um Unterrichtsinhalte und Unterrichtsmethoden, hier geht auch ein gutes Stück um das soziale Miteinander in unserer heutigen Gesellschaft.

Es geht auch darum, mehr Anschlussmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Viele Abgänger unserer Förderschulen landen in den beschützenden Werkstätten oder finden keine Möglichkeit in unseren Betrieben ihre Arbeitskraft einzusetzen. Ich kann da nur an die Feststellung des im Rollstuhl sitzenden Rolli-Gang-Mitgliedes Dannecker erinnern, der nach Verlassen der Förderschule, weil er für eine Werkstatt zu „schlau“ ist, nun völlig allein dasteht. Das ist für die jungen Menschen frustrierend und für unsere Gesellschaft teuer. Darüber wird noch viel zu wenig nachgedacht.

Die KED ist ein katholischer Elternverband, und manchmal sollte man das auch ganz bewusst betonen. Wir betonen immer wieder, wie wichtig es uns ist, dass christliche Werte in unserer Gesellschaft, in unseren Schulen ihren Platz haben. Ich meine deshalb, gerade wir müssen auf das Wahlrecht der Eltern pochen und gerade wir müssen auch eintreten für mehr inklusive Schulbildung. Wenn Gott jeden Menschen, jedes Kind nach seinem Abbild geschaffen hat und ihn oder es gleich wertvoll erachtet, dann müssen wir alles tun, dass auch die Gesellschaft für die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bereit ist. Wir können als Christen nicht gegen Abtreibung und gegen die PID sein und anschließend Menschen mit Behinderungen ausgrenzen oder ihre Wünsche und Bedürfnisse ignorieren.

Der Weg ist steinig und wird uns viel Mühe und Anstrengung kosten. Es wird auch seine Zeit brauchen. Aber die Fragen, die sich stellen, sollten wir versuchen zu beantworten und Probleme sollten wir versuchen einer Lösung zuzuführen. Das Ziel, jedem Kind ein individuell passendes Bildungsangebot zu machen, ist lohnend und sollte nie aus den Augen verloren werden. Daran müssen wir als katholischer Elternverband immer wieder neu arbeiten und da haben wir sicherlich auch eine Vorbildfunktion.

¹ Dieser Beitrag ist erschienen im **ELTERNforum**, Ausgabe 2-2011, Verbandszeitschrift der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED).